

Niederschrift

über die Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses - öffentlich -

Datum: 14.05.2013

Ort: Beratungsraum 118 des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 16:30 Uhr - 20:04 Uhr

Vorsitz: Frau Bürgermeisterin Petra Wesseler

Beschlussfähigkeit

Soll:	13	Stadträtinnen/Stadträte
Ist:	11	Stadträtinnen/Stadträte

Anwesenheit

Entschuldigt

Herr Udo Ehrhardt	sachkundiger Einwohner	krank
Herr Martin Kohlmann	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ	dienstlich
Herr Jürgen Konrad	Fraktion FDP	krank
Herr Bernd Weber	sachkundiger Einwohner	krank

Vorsitz

Frau Petra Wesseler

Stadtratsmitglieder

Frau Jacqueline Drechsler	SPD-Fraktion
Herr Tino Fritzsche	CDU-Ratsfraktion
Herr Dr. oec. habil. Dieter Füsslein	Fraktion FDP
Herr Hans-Peter Lohse	CDU-Ratsfraktion
Herr Detlef Müller	SPD-Fraktion
Herr Klaus Möstl	SPD-Fraktion
Herr Thomas Scherzberg	Fraktion DIE LINKE
Herr Heiko Schinkitz	Fraktion DIE LINKE
Frau Verona Schinkitz	Fraktion DIE LINKE
Herr Martin Schmidt	BÜNDNIS 90/Die Grünen
Herr Falk Ulbrich	CDU-Ratsfraktion

sachkundige Einwohner

Herr Bernhard Herrmann
Herr Frank Heymann
Herr Johannes Richter

Gäste

Herr Meiwald	Geschäftsführer CVAG
Herr Pfeifer	Geschäftsführer Gigaron GmbH

Bedienstete der Stadtverwaltung

Herr Dirk Bräuer	Abteilungsleiter Abt. 66.6
Frau Birgit Burkhardt	Sachbearbeiterin Abt. 67.2
Herr Börries Butenop	Amtsleiter Amt 61
Herr Peter Börner	amt. Amtsleiter Amt 67
Herr Bernd Gregorzyk	Amtsleiter Amt 66
Herr Nicolas Hamann	Abteilungsleiter Abt. 61.5
Frau Angela Lasch	Abteilungsleiterin Abt. 52.1
Frau Gabriele Schulze	Referentin Dezernat 6
Frau Sabine Strobel	Amtsleiterin Amt 63
Herr Michael Stötzer	Leiter SE 17

Schriftführer

Herr Thomas Haase	Sachbearbeiter Abt. 15.4
-------------------	--------------------------

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Die **Ausschussvorsitzende Frau Bürgermeisterin Wesseler** eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Sie stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest. Sie gibt die Namen der entschuldigt fehlenden Ausschussmitglieder und der anwesenden Stellvertreter bekannt.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Es liegen **keine** Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Die Tagesordnung ist somit **festgestellt**.

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses - öffentlich - vom 09.04.2013
-

Gegen die Niederschrift sind **keine** Einwendungen eingegangen. Sie ist somit **genehmigt**.

- 4 Informationen zur Umsetzung des Schulbausonderprogramms
-

Herr Stötzer (Leiter SE 17) teilt mit, dass die Stadt für 20 von 21 Maßnahmen die Fördermittelbescheide erhalten habe. Lediglich der Bescheid für die Grundschule Rabenstein stehe noch aus. Ziel sei, im September mit den Arbeiten zu beginnen.

Er berichtet des Weiteren anhand einer Powerpointpräsentation über die Baumaßnahme Ludwig-Richter-Grundschule. Bisher seien hier zwar schon das Dach saniert und die Fenster und Sanitäranlagen ertüchtigt worden, jedoch gebe es trotzdem einen Sanierungsbedarf von 2,9 Mio. Euro. Das Anlegen eines barrierefreien Zugangs sei schwierig. Hierzu werde eine Rampe im Hofbereich errichtet werden. Über einen Fahrstuhl könne dann das ganze Gebäude erschlossen werden. Die Schule werde in die Philippstraße 20 während der Bauarbeiten ausgelagert, die bis Ende 2014 abgeschlossen sein sollen.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) bittet darum, bei den künftigen Informationen schriftliche Unterlagen zu erhalten.

5 Beschlussvorlagen an den Planungs-, Bau- und Umweltausschuss

- 5.1 Aufstellungsbeschluss zur 37. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Chemnitz
(Bereich Plauer Straße im Stadtteil Euba)
Vorlage: B-053/2013 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61) erläutert die Beschlussvorlage. Er verweist auf die Änderung der Verwaltung, die die Anregungen aus dem Ortschaftsrat aufgegriffen habe. Der Geltungsbereich sei nunmehr nur noch südlich der Plauer Straße.

Herr Stadtrat Füsslein (Fraktion FDP) fragt, um was es sich bei den Zwischenflächen zwischen Drosselweg und der geplante Bebauung handele. **Herr Butenop** antwortet, dass es sich hierbei um Gartensparten handelt.

Eine Abstimmung über die Stellungnahme zur Anhörung des Ortschaftsrates Euba entfällt, da die vorgebrachten Anmerkungen in die Änderung der Verwaltung aufgenommen wurden.

Beschluss B-053/2013

Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss beschließt:

1. Der Einleitung des Verfahrens zur 37. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Chemnitz im Bereich Plauer Straße im Stadtteil Euba wird zugestimmt.
2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs.1 Satz 1 BauGB soll im Rahmen einer zweiwöchigen Auslegung erfolgen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt (11 Ja-Stimmen)

- 5.2 Änderung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 98/13 "An der Plauer Straße" in Chemnitz-Euba
Vorlage: B-051/2013 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Die Beratung erfolgte unter Tagesordnungspunkt 5.1.

Beschluss B-051/2013

Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss beschließt:

1. Für das Plangebiet im Stadtteil Euba wird der Aufstellungsbeschluss des Planungs- und Verkehrsausschuss vom 05.05.1998 zum Bebauungsplan Nr. 98/13 „An der Plauer Straße“ in Chemnitz-Euba geändert.

Die Größe des Plangebietes wird reduziert. Der verkleinerte Geltungsbereich wird durch die Planzeichnung (Anlage 3) bestimmt.

Als Planungsziele werden angestrebt:

- Ausweisung der Wohnbaufläche als allgemeines Wohngebiet gemäß § 4 BauNVO,
- Berücksichtigung der immissionsschutzrechtlichen Abstände zur landwirtschaftlichen Nutzung (Reiterhof),
- gestalterische Festsetzungen v.a. zur Dachgestaltung.

2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB soll im Rahmen einer zweiwöchigen Auslegung der Planunterlagen erfolgen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt (11 Ja-Stimmen)

- 5.3 Aufstellungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 13/06 Wohnbebauung an der Ulmenstraße
Vorlage: B-108/2013 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Herr Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion) merkt kritisch an, dass in der näheren Umgebung nur mehrgeschossige Wohnbebauung vorherrsche und fragt, wie sich die geplanten Einfamilienhäuser in die Umgebung einfügen sollen.

Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61) entgegnet, dass auch teilweise zweigeschossige Altbauten die Umgebung auflockern. **Herr Pfeifer (Geschäftsführer Gigaron GmbH)** ergänzt, dass ohnehin mindestens eine zweigeschossige Bebauung geplant sei.

Beschluss B-108/2013

Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss beschließt:

1. Der Aufstellungsbeschluss B-56/2002 des Planungs-, Verkehrs- und Umweltausschusses vom 05.02.2002 zum Bebauungsplan Nr. 02/01 „Ulmenstraße/ Heinrich-Beck-Straße“ wird aufgehoben.
2. Im Stadtteil Kaßberg soll auf dem Flurstück 3719 der Gemarkung Chemnitz an der Ulmenstraße der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 13/06 für ca. 6 Einfamilienhäuser erarbeitet werden.
3. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan soll im beschleunigten Verfahren nach §13a BauGB i.V.m. § 13 Abs. 2 und 3 BauGB (vereinfachtes Verfahren) aufgestellt werden. Dementsprechend wird von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB abgesehen.

Gemäß § 13 Abs. 3 BauGB wird von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB, von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 6 Abs. 5 Satz 3 und §10 Abs. 4 BauGB abgesehen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(10 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

- 5.4 Aufstellungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 13/08 Wohnbebauung Morgenleite Süd
Vorlage: B-124/2013 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) fragt, ob es schon ein konkretes Bauvorhaben gebe. **Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61)** antwortet, dass die GGG als Grundstückseigentümer Eigenhausbebauung plane. **Frau Bürgermeisterin Wesseler** sichert zu, bei der GGG den genauen Stand nachzufragen.

Beschluss B-124/2013

Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss beschließt:

1. In der Gemarkung Markersdorf im Bereich der Max-Türpe-Straße soll der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 13/08 Wohnbebauung Morgenleite Süd aufgestellt werden.

Planungsziel ist die Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen zur Realisierung von ca. 15 Eigenheimen

Das Plangebiet des Bebauungsplanes beinhaltet die Flurstücke 286/166, 286/167, 286/168, 286/69 (Max-Türpe-Straße, teilweise), 286/80 (teilweise) und 286/71 der Gemarkung Markersdorf. Die Größe des Plangebietes ohne die Flurstücke der Max-Türpe-Straße beträgt 1,45 ha.

2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan soll im beschleunigten Verfahren nach §13a BauGB i.V.m. § 13 Abs. 2 und 3 BauGB (vereinfachtes Verfahren) aufgestellt werden. Dementsprechend wird von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB abgesehen.

Gemäß § 13 Abs. 3 BauGB wird von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB, von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 6 Abs. 5 Satz 3 und §10 Abs. 4 BauGB abgesehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt (10 Ja-Stimmen)

- 5.5 Entwurfs- und Auslegungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 06/07 "Lug ins Land"
Vorlage: B-119/2013 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) weist darauf hin, dass die sonst übliche textliche Festsetzung des Verbots fester fossiler Brennstoffe fehle. **Frau Bürgermeisterin Wesseler** sichert zu, dass dies noch aufgenommen werde.

Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61) erläutert auf Nachfrage von **Herrn Stadtrat Schmidt (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**, dass bisher Angebot und Nachfrage in Wittgensdorf gepasst haben. Nun bestehe jedoch teilweise der Wunsch, statt einem Gartenhaus ein Wohnhaus zu errichten. Mit der Vorlage wurde dem Wunsch des Ortschaftsrates gefolgt. Er weist zudem darauf hin, dass das Gebiet durch eine öffentlich gewidmete Straße teilweise erschlossen sei, die Erschließungsbeiträge daher je nach Lage unterschiedlich seien.

Herr Hamann (Abteilungsleiter Abt. 61.5) teilt auf Nachfrage von **Herrn Herrmann (sachkundiger Einwohner)** mit, dass die Erschließung sowie die Umlegung der Erschließungskosten für den hinteren Bereich die wesentlichen Themen bei der Erstellung des Bebauungsplans waren. Er verweist auf die Kostendarstellung in der Beschlussvorlage. Es könne nicht angenommen werden, dass weitere Kosten anfallen.

Herr Stadtrat Schmidt sieht er in der Vorlage einen Widerspruch zum Siedlungswohnungsbaukonzept und wird daher dagegen stimmen. **Frau Bürgermeisterin Wesseler** verweist auf die grundsätzliche Erörterung anlässlich des Aufstellungsbeschlusses und informiert, dass das Gebiet „Lug ins Land“ seinerzeit nicht auf der Liste der zu streichenden Flächen stand.

Herr Stadtrat Schinkitz (Fraktion DIE LINKE) verweist auf die vielen Unsicherheiten und meint, dass er große Bedenken bezüglich der Beschlussfassung habe.

Herr Butenop macht daraufhin deutlich, dass der Entwurfs- und Auslegungsbeschluss auf Wunsch des Ortschaftsrates erneut vorgelegt werde. Etwa die Hälfte der dort ansässigen Grundstückseigentümer will zwar kein Eigenheim bauen, die andere Hälfte könne sich dies jedoch vorstellen, wenn die Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Er zeigt auf, dass in einem Teilbereich sofort nach Satzungsbeschluss gebaut werden könne, im hinteren Bereich jedoch noch nicht. Es werde daher zunächst zu einer moderaten Nachverdichtung kommen.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) meint, dass der Stadtrat einem Vorhaben zustimmen sollte, wenn sich ein Ortschaftsrat einstimmig dafür ausspreche. Er betont, dass Baurecht ein Gebiet auf- und nicht abwerte. **Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion)** schließt sich der Auffassung bezüglich der Ortschaftsräte an.

Beschluss B-119/2013

Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss beschließt:

Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 06/07 „Lug ins Land“, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung, werden in der Fassung vom 11.03.2013 (gemäß Anlagen 3 und 4) gebilligt und zur öffentlichen Auslegung bestimmt.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(8 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

- 5.6 Grundsatzbeschluss zur Linienführung des Chemnitzer Modells in der Reichenhainer Straße
Vorlage: B-126/2013 Einreicher: Dezernat 6/Amt 66
-

Frau Bürgermeisterin Wessler teilt die mündliche Änderung der Verwaltung mit, wonach im Beschlusspunkt 1 die „Variante 2.1“ zur Beschlussfassung vorgeschlagen wird.

Herr Gregorzyk (Amtsleiter Amt 66) erläutert den bisherigen Zeitablauf. Er betont, dass die Verwaltung das Vorhaben nicht übereilt angehen wollte und der Auffassung war, dass entsprechende Gutachten angefertigt werden müssten und geklärt werden müsste, wie mit Hinweisen zu Linienführung umgegangen werde. Es wurde daraufhin ein neutraler Baumgutachter beauftragt sowie die Vorschläge zur Linienführung bewertet. Die Trassenführung müsse sich dabei in den Nahverkehrsplan einfügen. Die Führung über die Reichenhainer Straße sei dabei die Vorzugsvariante.

Frau Burkhardt (Sachbearbeiterin Abt. 67.2) teilt mit, dass der Baumgutachter 155 Bäumen nur eine eingeschränkte Vitalität bescheinige, auch verursacht durch den versiegelten Mittelstreifen. Die Bäume unterhalb der Lutherstraße, wo es keinen Mittelstreifen gibt, haben eine bessere Vitalität.

Herr Gregorzyk benennt die Variante 2.1 als Vorzugsvariante der Verwaltung, auch wenn dafür eine komplette Neupflanzung der Bäume erforderlich sei. Er macht darauf aufmerksam, dass mit der Variante 5.3 der Alleecharakter nicht zu erhalten sei; zudem sei der Schall- und Erschütterungsschutz bei dieser Variante schwierig. Es sei auch keine Option, die Reichenhainer Straße für den Verkehr zu

sperrten. Man müsse zudem die dynamische Entwicklung des Standortes beachten, die eine moderne Verkehrsanbindung erforderlich mache.

Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion) stimmt der Variante 2.1 zu. Der Zustand der jetzigen Platanen sei ohnehin kläglich. **Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** meint, dass man eine nachhaltige Lösung finden müsse. Die mittige Trassenführung habe sich an anderen Straßen bewährt. Er betont, dass nicht nur Bäume abgeholzt, sondern auch neue Bäume nachgepflanzt werden. Auch **Herr Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion)** sieht keine bessere Variante. Er kritisiert jedoch, dass die Verwaltung nicht schon in der Beschlussvorlage eine Variante zum Beschluss vorgeschlagen habe. **Frau Bürgermeisterin Wesseler** entgegnet, dass dies zum Ausdruck bringen solle, dass man sich ergebnisoffen mit der Thematik beschäftigt habe.

Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion) lobt die beteiligten Ämter und insbesondere die Einbeziehung der Bürgermeinungen.

Herr Stadtrat Schinkitz (Fraktion DIE LINKE) meint, dass auch eine seitliche Trassenführung ein moderner Ansatz sei. Man müsse Mut zur Entlastung haben und auch den Fußgängern und Radfahrern Vorrang gewähren. Er favorisiere die Variante 5.3. **Herr Gregorzyk** entgegnet, dass es dafür sekundär sei, wo die Bahndien vor dem Hörsaal geplanten Platz quere.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) sagt, dass die Variante 2.1 den Vorteil eines separaten Bahnkörpers habe, was der Sicherheit dienlich sei. Zudem würden die Neupflanzungen schon bald besser aussehen als die derzeitigen Bäume. Allerdings sei es auch erforderlich, dass das Grünflächenamt das notwendige Budget für die Pflege erhalte.

Herr Stadtrat Schmidt (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) macht darauf aufmerksam, dass sich die ablehnende Haltung der Umweltverbände zu dem Vorhaben geändert habe. Bei der Variante 5.3 seien einzig die Grundstückszufahrten problematisch. Jedoch würden die Umweltverbände dieser Variante zustimmen, wohingegen sie gegen die Variante 2.1 möglicherweise klagen würden. Zudem wäre die Variante 5.3 ein Novum für Chemnitz.

Frau Stadträtin Schinkitz (Fraktion DIE LINKE) weist darauf hin, dass Studenten mit dem Semesterticket nicht mehr alle Verkehrsmittel nutzen können. Zudem werde eine Bahnverbindung nach Thalheim das Nutzungsverhalten der Studenten kaum ändern. **Herr Stadtrat Müller** ergänzt, dass sich der Studentenrat derzeit in Verhandlungen mit dem VMS befindet. Zudem schätzt er ein, dass die Nachfrage nach der Stadtbahn steigen werde, sobald der Uni-Campus inklusive der Uni-Bibliothek in der Innenstadt fertig gestellt sei. **Herr Meiwald (Geschäftsführer CVAG)** teilt mit, dass es trotz der Änderungen nur etwa ein Dutzend Kündigungen des Semestertickets gab.

Herr Herrmann (sachkundiger Einwohner) meint ebenfalls, dass eine solide Finanzausstattung für die Baumpflege nötig sei. Er sagt, dass sowohl die derzeitigen als auch neu gepflanzte Bäume eine Chance haben; es komme auf die Pflege an. Er plädiert für die Variante 5.3, da nichts Gravierendes dagegen spreche. Den Schallschutz solle man nicht überbewerten.

Herr Gregorzyk legt die Auffassung der Verwaltung dar, dass die Gestaltung gemäß der Variante 5.3 nachteilig sei und insbesondere eine Schlechterstellung der Anwohner bedeute. Mit der Variante 2.1 entstehe eine Verkehrsführung, die der

Zukunft besser gewachsen sei. Er betont, dass die Stadtverwaltung „shared space“ unterstütze. Ein entsprechendes Konzept werde zusammen mit dem Planer erarbeitet und zu einem späteren Zeitpunkt vorgestellt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
mehrheitlich abgelehnt (4 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen)

Beschluss B-126/2013

1. Dem Vorhabenträger Zweckverband Verkehrsverbund Mittelsachsen (ZVMS) wird empfohlen, auf Grundlage der Variante 2.1 die Genehmigungsunterlagen für die Planfeststellung vorzubereiten.
2. Dem Vorhabenträger ZVMS wird empfohlen, die Trasse zwischen Bernsdorfer Straße und Reichenhainer Straße über die Turnstraße entsprechend der Vorzugsvariante aus der Machbarkeitsstudie (Variante 3: „Besonderer Bahnkörper in Mittellage“) zu führen und auf dieser Grundlage die Genehmigungsunterlagen vorzubereiten.
3. Dem Vorhabenträger ZVMS wird empfohlen, die Trasse zwischen Reichenhainer Straße und Einbindung ins Eisenbahngleis über das B-Plan-Gebiet „Technopark Süd“ zu führen und auf dieser Grundlage die Genehmigungsunterlagen vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 2 Stimmenthaltungen)

6 Informationsvorlage an den Planungs-, Bau- und Umweltausschuss

- 6.1 Übersicht über alle durchgeführten Vergaben nach VOB, VOL und VOF für das Jahr 2012 getrennt nach Stadt Chemnitz und städtischen Beteiligungsgesellschaften
Vorlage: I-022/2013 Einreicher: Dezernat 3/Amt 30
-

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) weist darauf hin, dass die Bundesregierung ein Online-Portal zur Schulung der Mitarbeiter in Vergabestellen eröffnet hat. **Frau Bürgermeisterin Wessler** wird die Information weiterleiten.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) fragt, welchen Anteil Nachträge an den Bauleistungen in Höhe von 57,9 Mio. Euro haben. **Frau Bürgermeisterin Wessler** sichert eine Beantwortung durch den Einreicher bzw. die ZVS zu.

Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss **nimmt** die Informationsvorlage Nr. **I-022/2013 zur Kenntnis**.

7 Verschiedenes

7.1 Mündliche Informationen der Verwaltung

Fußgängertunnel Hauptbahnhof

Herr Gregorzyk (Amtsleiter Amt 66) informiert, dass die Deutsche Bahn AG 2004 das Planfeststellungsverfahren für den Hauptbahnhof erstellt habe, in dem der Fußgängertunnel kein Bestandteil war. Zu dieser Zeit hätte die Stadt den Bau des

Tunnels vollständig aus Eigenmitteln finanzieren müssen. Nunmehr können sich die DB Station und DB Service vorstellen, für einen Tunnel mit Zuwegung zum Bahnsteig als Fördermittelgeber aufzutreten. Die DB Netz hingegen plant nur einen Rettungsweg statt einem Zugang. Derzeit werde geprüft, ob ein Brandschutz tunnel auch für den öffentlichen Gehwegverkehr genutzt werden könne. Auf Nachfrage von **Herrn Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** beziffert er die Kosten für den Tunnel auf 3,5 Mio. Euro inklusive der Zuwegung. **Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion)** fragt, ob das Planfeststellungsverfahren der DB Netz fehlerhaft war. **Herr Gregorzyk** verneint das und verweist darauf, dass zum Zeitpunkt des Planfeststellungsverfahrens das Chemnitzer Modell noch nicht bestätigt war.

Wirtschaftliche Nutzung von Holzhackschnitzeln, Rückbauflächen für nachwachsende Hölzer

Herr Stötzer (Leiter SE 17) teilt mit, dass der Einsatz biogener Brennstoffe mittlerweile normal sei und die Nutzung von Heizkesseln weitestgehend abgelöst habe. Aus der Grünpflege fallen 1500m³ Holzhackschnitzel an, die genutzt werden können. Für die Kindertagesstätte Neukirchner Straße, in der Holzhackschnitzel genutzt werden soll, gebe es schon den Baubeschluss.

Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61) teilt mit, dass Rückbauflächen kein Thema für die Energiegewinnung seien. Lediglich 6000m² der im Rahmen des Stadtumbaus freigewordenen Flächen seien städtische Grundstücke.

Netto-Markt Limbacher Straße

Frau Strobel (Amtsleiterin Amt 63) informiert darüber, dass sich Bauvorhaben in Gebieten ohne Bebauungsplan in die nähere Umgebung einfügen müssen. Sie zeigt anhand einer Powerpointpräsentation, dass dies für diesen Lebensmittelmarkt der Fall sei. Zwar haben sich Bürger in der Bürgersprechstunde der Oberbürgermeisterin gegen das Bauvorhaben gewandt, jedoch seien diese Widersprüche unzulässig. Nur benachbarte Eigentümer haben ein Widerspruchsrecht, welches hier allerdings nicht wahrgenommen wurde. Damit sei die Baugenehmigung bestandskräftig. **Frau Bürgermeisterin Wesseler** betont, dass die Baugenehmigung auf Grundlage des Bauordnungsrechtes und des § 34 BauGB erfolgte. Um gegen solche Bauvorhaben vorzugehen, sei ein Bebauungsplan erforderlich.

Auch **Herr Butenop** macht deutlich, dass ein Bebauungsplan aufgestellt werden müsse, um derartige Vorhaben zu unterbinden. Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss bekomme Beschlussvorlagen über Lebensmittelmärkte nur bei Einzelfallentscheidungen. In diesem konkreten Fall habe das Zentrenkonzept gegriffen.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein meint, dass die Baugenehmigung hätte versagt werden müssen. Der weiten Auslegung des § 34 BauGB könne er nicht folgen. Er fragt, wer der Investor sei. **Frau Strobel** sagt, dass sie dies im nichtöffentlichen Sitzungsteil beantworten werde.

Herr Stadtrat Lohse (Fraktion FDP) äußert seinen generellen Unmut über die Gestaltung der Limbacher Straße. Er kritisiert insbesondere die vielen Straßensperren aufgrund von Verkehrssicherungsmaßnahmen. **Frau Strobel** erläutert, dass diese Absperrungen im Rahmen der Ermessensausübung erfolgen. Dem Abriss von Gebäuden gehe ein langer Prozess voraus, da der Abriss das stärkste Eingreifen in das Eigentum Dritter darstelle.

Herr Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion) erwartet, dass mit Bebauungsplänen dagegen gesteuert werde. **Herr Butenop** verweist auf die begrenzten Personalkapazitäten.

Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion) fragt, ob es noch eine Möglichkeit gebe, die Errichtung des Lebensmittelmarktes zu verhindern. **Frau Strobel** verneint dies mit Verweis auf die bestandskräftige Baugenehmigung.

Ersatzvornahme Markersdorfer Straße 17

Frau Strobel teilt mit, dass der Eigentümer nicht ermittelt werden konnte. Um die Gefahr zu beseitigen, wurde das Haus abgesperrt und soll abgerissen werden. Die Ausschreibung dafür laufe bereits. **Herr Gregorzyk** ergänzt, dass es auch bei einem gegenüberliegenden Haus einen Deckeneinbruch gegeben habe.

Fußgängerampel Schlossteichstraße

Herr Gregorzyk informiert, Bezug nehmend auf eine Frage aus einer vorangegangenen Sitzung, dass die Grünphase 8 Sekunden zzgl. Räumzeit beträgt.

Sanierung Obere Luisenschule

Frau Bürgermeisterin Wessler teilt mit, dass seitens des Landesdenkmalamtes bestätigt wurde, dass der 2. Rettungsweg innerhalb des Gebäudes errichtet werden könne.

Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion) kritisiert, dass die erfolgten umfangreichen Berichterstattungen nicht auf der Tagesordnung vermerkt waren. **Frau Bürgermeisterin Wessler** verweist auf die Formalien im Zusammenhang mit der Erstellung der Tagesordnung, schlägt aber vor, eine geeignete Form der vorherigen Information mit der Geschäftsstelle abzustimmen.

7.2 Fragen der Ausschussmitglieder

- **Herr Herrmann (sachkundiger Einwohner)** bittet um Informationen zu einer Brücke über den Kappelbach. **Frau Bürgermeisterin Wessler** sichert dazu Informationen in der nächsten Ausschusssitzung zu.
- **Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE)** fragt mit Verweis auf einen Presseartikel, inwiefern an dem Entwicklungskonzept für den Botanischen Garten gearbeitet werde. **Frau Bürgermeisterin Wessler** teilt mit, dass es in der nächsten Sitzung dazu eine Informationsvorlage geben werde.
- **Frau Stadträtin Schinkitz (Fraktion DIE LINKE)** bittet darum, eine Aufstellung zu erhalten, aus der hervorgeht, in welchen Schulgebäuden auf welche Art geheizt werde.
- **Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion)** möchte wissen, warum auf manchen Straßenabschnitten plötzlich aufgehört wurde, die Schlaglöcher zu beseitigen. **Herr Gregorzyk (Amtsleiter Amt 66)** erläutert, dass es Rahmenverträge mit verschiedenen Firmen gebe, die ihre eigenen Routen haben.
- **Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion)** fragt, weshalb der Spielplatz am Wasserschloss Klaffenbach gesperrt wurde. **Herr Börner (amt. Amtsleiter Amt 67)** teilt mit, dass es Pilzbefall an den Spielgeräten gebe. Er verweist darauf, dass die Firma, die die Spielgeräte errichtet habe, mittlerweile insolvent sei. Trotzdem soll versucht werden, eine Reparatur zu erwirken.

- 8 Bestimmung von zwei Ausschussmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses - öffentlich -
-

Zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung werden **Herr Stadtrat Lohse (CDU-Ratsfraktion)** und **Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion)** bestimmt.

* * *

Frau Bürgermeisterin Wesseler schließt die Sitzung.

23.05.2013 *Wesseler*
Datum Wesseler
Vorsitzende
des Ausschusses

27.05.2103 *Hans-Peter Lohse*
Datum Lohse
Mitglied
des Ausschusses

27.05.13 *Möstl*
Datum Möstl
Mitglied
des Ausschusses

22.05.2013 *Haase*
Datum Haase
Schriftführer